

Zum Fürsten-Interview

Verschwenderische Subventionierung

Staatliche Leistungen, die nicht privatisiert werden können, sollen dem Benutzer in Zukunft zu den Vollkosten verrechnet werden. Zum Beispiel Menschen, die so verschwenderisch verantwortungslos sind, öffentliche Verkehrsmittel zu benützen. Privatisierung ist alles, das ist alles nicht die Aufgabe eines Staates. Frage: Wozu zahlen wir - zumindest die Normalsterblichen - dann eigentlich Steuern, wenn nicht für Infrastrukturleistungen? Was genau ist dann die Aufgabe des Staates?

Weg mit dem verschwenderischen 13. Monatsbezug (vor Weihnachten) für die reichen AHV-Pensionisten und -Pensionistinnen - wozu auch, sie geben es doch ohnedies nur für Weihnachtsgeschenke für die Enkelkinder aus und fällige Versicherungsraten, die auch immer zum Jahresende fällig werden. Aber sie können ja zum Sozialamt gehen, mit dem Hut in der Hand, als Bittsteller, wie es schon vor 500 Jahren üblich war: Das ganze Jahr über durften die Untertanen sich als Bauern, Handwerker, Dienstboten als kostenlose, rechtlose Arbeitskräfte abrackern, um zu Weihnachten mit Vergelt's Gott und Knicks und Hut in der Hand ein abgetragenes Kleidungsstück der Gnädigen in Empfang zu nehmen.

«Es ist nicht einzusehen, weshalb in vielen Bereichen sehr reiche Leute oder sehr profitable Unternehmen in grossem Umfang subventionierte Leistungen des Staates auf Kosten des Steuerzahlers beziehen können.» Das ist tatsächlich nicht einzusehen, vor allem ist es absolut nicht einzusehen, dass die reichste Familie und die mit Abstand reichste Bank überhaupt keine Steuern bezahlen! Auch wenn dies im Gesetz verankert ist, ist es angemessen,

die Streichung von Kindergeldern, Bildungs- und Kultursubventionen so freudig zu begrüßen, und selbst keinen Beitrag zu leisten? Es ist erstaunlich, wie 100 Meter Höhenunterschied in Vaduz den Blick für das Wesentliche verschleiern. In diesem Sinne uns allen viel Vergnügen beim kommenden, vom Steuerzahler subventionierten Feuerwerk. Auch dieses wird die sich in diesem Land immer schneller ausbreitende soziale Kälte nicht erwärmen können.

Susanne Monz,
Kreuzbühel 24, Mauren

Flüchtlingsnot

Aufruf zur Hilfe

Wegen des seit 2011 in Syrien wütenden Bürgerkrieges sind neun Millionen Menschen in die Nachbarländer geflohen oder innerhalb ihres Landes vertrieben worden. Die meisten Flüchtlinge haben der Libanon und die Türkei aufgenommen. Es ist das weltweit grösste Flüchtlingselend seit zwanzig Jahren. Nun kommt dazu seit ein paar Wochen das unvorstellbar gewalttätige Vorgehen der islamistischen Terrormiliz in dem rücksichtslos errichteten Kalifat in Syrien und im Nordirak mit ihrem brutalen Vorgehen vor allem gegen Andersgläubige wie Schiiten, Jesiden und Christen. Auch hier sind mehr als 200 000 Menschen auf der Flucht, ungefähr so viele, wie unser Land Einwohner hat, eingekesselt auf einem Berg. Bereits Tausende sind ermordet und entführt worden oder an Hunger gestorben. Namhafte Politiker sprechen von einem drohenden Völkermord. Tagtäglich werden wir in den Nachrichten mit entsetzlichen Bildern über die unvorstellbare Flüchtlingstragödie in Syrien und im Nordirak informiert. Die Schweizer Bischöfe haben über die Medien schon wiederholt, er-